

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Gesch.-Konto: Hannover 57613 | Der Abonnementspreis beträgt durch den Noten oder durch die Post bezogen monatlich 600 Mark. — Post- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen

Verantwortl. für den Inhalt: Karl Schudy, Bochum. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum

Telefon-Nummern: 88, 89, 98 | Telegramm: Altkamp Bochum

Der Eroberer

Wie Dauschreckschwärme wälzen sich die Borden
Des stolzen Siegers ins besetzte Land.
Er nimmt das Recht sich, Menschenrecht zu morden
Mit Mordwerkzeugen, die sein Recht erfand.
Er trachtet, geil auf Ruhm, nur Maß zu fassen.
Der bleiche Schrecken gibt ihm das Geleit.
Aus Blut und Tränen windet sich Trophäen
Der Tamerlan der neuen Zeit.

Der Wohlstand stirbt, wo seine Grauel stampfen.
In Schutt verwandelt er, was Fleis er schuf.
Glut greißt aus Trümmern, Horizonte dampfen.
Dampf heisert durch das Land ein Weheruf.
Die Freiheit troht, geht die Gewalt auf Beute.
Doch ringt mit bliebe, Geißt mit Tyrannei.
Das Wulgeklaff der Wellbezwingermeule
Erstickt des Opfers Bilsfeldrei.

Er will nur Sklaven, die ins Joch sich ducken,
Die er am Zügel peitschschwingend lenkt.
Er will nur herrschen über Mamelucken
Wie ein Mogul: despotisch, unumschränkt.
Dem freien Wort droht er mit tausend Strafen.
Den freien Mann wirft er in finst're Basti.
Zensur, Verbannung, Kerker, Paragraphen
Sind seine ganze Wissenschaft.

Er willert Aufruhr, wo zwei Menschen stehen.
Ein Bödeln deutet er als Widerstand.
Wenn Bürger friedsam ihrer Wege gehen,
Kraft jäh ein Schuh und Streckt sie in den Sand.
Die Mutter weint. — Er spottet ihrer Tränen!
Die Witwe trauert. — Er verhöhnt den Schmerz!
Der Mutter leid entlockt ihm nur ein Gähnen.
Der Witwe Schmerz ist ihm nur Scherz.

Kein Leid vermag sein kaltes Herz zu rühren,
Das aberwiltig nach Zerstörung lechzt.
Er triumphiert, wenn hinter Gittertüren
Das Opfer seiner Rache stöhnt und ächzt.
Er dünkt sich als erhabner Schicksalslenker,
Der ohne Schuld und Fehl zu sein vermeint,
Und ist doch nur ein blutberauschter Denker,
Der kalt die Menschlichkeit verneint.

Kein Volk läßt sich vom andern unterdrücken,
Es bäumt sich auf und knirscht: Nun ist's genug!
Wer heute herrscht, beugt morgen seinen Rücken
Vor dem, den gestern er in Ketten schlug.
Ein Weltreich nach dem andern ging zunichte.
Die Götter stürzten in den Acheron.
Ein Menekel ist die Weltgeschichte
Von Ramfes bis Napoleon.

Diktor Kallnowski

Die schwere Not der Zeit.

Die Wirtschaftslage Deutschlands wird schlechter und schlechter, so daß alle Verantwortlichen mit großer Sorge in die Zukunft sehen. Schon vor dem Ruhrkrieg verschlechterte sich der Arbeitsmarkt dauernd, nachher nahm die Verschlechterung ein sehr viel rascheres Tempo an, heute zählen wir in Deutschland schon Millionen Arbeitslose und Hungerarbeiter.

Nach dem dem „Reichsarbeitsblatt“ vorliegenden Berichten waren Arbeiter tätig

im Monat	in gut beschäftigten Betrieben	in schlecht beschäftigten Betrieben	insgesamt
März 1923	47 Prozent	40 Prozent	8 Prozent
November 1922	42	41	17
Dezember 1922	40	39	21
Januar 1923	32	42	26
Februar 1923	27	42	31
März 1923	20	38	42

Die Ursachen dieses Rückganges liegen in dem Rückgang des Exportes, besonders aber in der kolossal verminderten Kaufkraft unserer Bevölkerung. Die Marktsituation der Reichsregierung hielt eine Zeitlang den Dollar auf circa 21 000 M., Mitte April wurde die Wirt. plögl. und heftig unterbrochen durch den Zusammenbruch des Dollars. Damit wurde der teilweise Preisrückgang unterbrochen. Die Erfahrungen des April haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Forderungen der Arbeiterklasse nach Stützung der Mark zu einem früheren Zeitpunkt absolut berechtigt waren. Unter der Vorgabe Beden, der nach dem Ruhrkrieg einen weiteren Marktsitz für unabweisbar hielt, wurde die Marktsützung zu spät, und zögernd unternommen, der Preisabfall nicht erzwungen und dann stürzte Spekulation der schlimmsten Art die Stützungssaktion in gefährlicher Weise. Am 17. April stand der Dollar auf 21 210 M., am 18. auf 25 000, am 19. auf 29 000, später ging er teilweise noch höher und stand am 26. April noch immer auf über 29 000 M.

Ueber die Ursachen dieses Sprungs gab es die verschiedensten Meinungen. Französische Manipulationen sollten mitschuldig sein, mehrere Feststellungen darüber sind nicht bekannt geworden. Schwere Anklagen erhob aber der Reichsbankpräsident Homburg gegen gewisse Teile der deutschen Schwerindustrie, deren Interesse an einem schlechten Stand der Mark hinreichend bekannt ist. Homburg führte in jenen Tagen vor dem Zentralausschuß der Reichsbank aus, daß die Devisenankäufe des Reichs zu einem weit größeren Teil als zu dem gezeichneten Viertel hätte aufgebracht werden können. Er stellte fest,

„daß im eigenen Lande wieder die Sonderinteressen sich zum Schaden des Ganzen im stärksten Maße betätigten, die Ansprüche an den Devisenmarkt und an die Reichsbank sich von Woche zu Woche und schließlich zu einem Umfang steigerten, der weit über den normalen Bedarf unserer Wirtschaft hinausging und auch die Tages Spekulation sich wieder unheimlich um das Wohl des Ganzen in stärkerer Weise hervorwagte und durch Vorbehalte an dem einen und Einbildung der Börse am anderen Tage die Stützungssaktion erschwerte. Wir haben aber auch mit diesem Verhalten und mit dieser Sorge wahrnehmen müssen, daß nicht nur jene Tages Spekulation ihren eigenen Vordrängen pflichtig, sondern daß in dieser Zeit des schwersten Ringens auch ernste Kreise unserer Wirtschaft das Recht zu haben glaubten, sich nicht nur für den zwingenden Bedarf einer nahen Zukunft, sondern auch weiterhin auf Vorrat oder für Devisen, die sie adgekauft hatten, mit großen Beträgen einzubeden und selbst vor Konzernaufträgen (Großaufträgen) nicht zurückwichen.“

Im Anschluß an diese ersten Anlagen Homburgs wurde ein Stinneskonzern als die Gruppe genannt, die durch Nachfrage nach mehreren Millionen Goldmark in Sterling den Kurs der Mark in diesen kritischen Tagen entscheidend brühte. Klarheit herrscht auch heute über diese Vorwürfe noch nicht, sie muß aber verlangt werden, und es ist das Mindeste, daß eine Untersuchung gegen die Stinnes'sche Berliner Handels-Gesellschaft einleitet, wie das „Berliner Tageblatt“ sie fordert. Das Blatt weist darauf hin, daß die vielgeschmähte Devisennotverordnung die Möglichkeit gibt, die wichtigsten Devisenkäufer namhaft zu machen und dabei auch zu ermitteln, ob die Devisenkäufe notwendig gewesen sind. Es fährt fort:

„Diese Untersuchung muß sofort vorgenommen werden, und ihre Resultate müssen scharflos offengelegt werden. Erweist es sich als richtig, daß von irgend welchen Seiten ein Dolchstoß gegen die Abwehrfront an der Ruhr geführt worden ist, so müssen diejenigen Kreise bühnenhaft werden die ihn geführt haben — zur Verhinderung von Verbündelungen und zur Abschredung für die Zukunft.“

Ueber die Ursachen und Motive der Marktsützung schreibt dasselbe Blatt am 21. April:

Nicht unsonst wurden in der kurzlichen Konferenz beim Reichsanwalt Stimmen der Empörung darüber laut, daß manche Ruhrindustrielle die reinen Kredite, die man ihnen zum Zweck der Fortführung der Lohnzahlungen gewährte, und ebenso Entschädigungen für beschlagnahmte Automobile oder sonstige Betriebsgegenstände, dazu benutzten, Devisen anzukaufen und somit jenen Druck auf den Devisenmarkt auszuüben, der schließlich die Marktsützung erforderlich wurde. Die Ruhrindustrien, die in den letzten Monaten gewaltige Lagerbestände und somit erportfähige Güter angehäuft haben, heischen genügend devisenmäßige Werte und haben es nicht nötig, sich in dieser Zeit, in der alles von der Stabilität der Mark abhängt, am Devisenmarkt zu vergraben. Auch hier wirkt aber, sei es um Bewußtsein, sei es im Unterbewußtsein, offenbar das Interesse an der Marktsützung mit auf das in so unheilvoller Weise infolge der fehlerhaften Struktur unserer Kreditwirtschaft Teile der Volkswirtschaft eingestürzt sind, je geradezu einseitig sein müssen. Die Ruhrindustrien haben in den letzten Monaten so viele Kredite vom Reich erhalten, daß sie daraus eine indirekte Sozialisierung“ herbeiführen, eine weitgehende Entlastung des Reichs auf ihre Finanzlasten übertragen für den Fall, daß der Wert der Mark instabil bleibt oder sich vielleicht sogar hebt. Wenn hingegen die Mark neuer Entwertung anheimfällt, so verringern sich auch automatisch die Kredite dieser Industrien in ihrem Realwert. Es braucht vielleicht nicht angemerkt zu werden, daß die Ruhrindustrien aus solchen Erwägungen heraus durch Vornahme von Devisenkäufen hierzu auf eine Entwertung der Mark hinwirken. Aber vielleicht sehen sie in diesen neuerworbenen Devisen eine Art Sicherheitsgegenstand gegen die großen Papiermarktschwankungen, die ihnen gemäht wurden.“

Wir sind nicht so unglücklich, anzunehmen, daß das Motiv zu diesem Handeln gewisser Industrieller nur in ihrem Unterbewußtsein zu suchen ist. Noch heute aber wäre es Zeit, auch die Ruhrkredite dem Steigen und Fallen der Mark anzupassen, damit nicht auch aus diesen Krediten bei einem weiteren Fallen der Mark Milliarden Gewinne werden.

Die Folge der Marktsützung war sofort eine unheilvolle Einwirkung auf die Preise. So kosteten im Durchschnitt am freien Markt:

	17. April	19. April	19. April (amtlich)
50 Rg. Roggen	44 000	52 500	49 500
50 Rg. Weizen	51 500	62 250	62 000
100 Rg. Weizenmehl	142 000	165 000	165—180 000
100 Rg. Roggenmehl	126 000	150 000	145—155 000
50 Rg. Weis	46 000	56 500	56 000

Die Industrieerzeugnisse gingen es gerade so. Es kosteten:

	17. April	19. April	26. April
Raffinadekupfer	7 150	9 050	9 500
Alu	2 875	3 700	3 550
Rohzinn	3 475	4 500	4 650
Zinn	21 700	30 250	29 500

Das alte Spiel zeigt sich auch hier: Schnell der Dollar empor, machen es die Preise gerade so, geht er hinunter, gehen die Preise erückt worden.

Die Lebenshaltung der breiten Volksmassen wird durch diese Entwicklung auf das Äußerste bedroht und von einem Absturz auf Lohnherabsetzung, die bei wirklichem Preisabfall möglich gewesen wäre, kann heute keine Rede mehr sein. Die Großhandelspreise, die einige Wochen hindurch etwas sanken, zogen wieder an, in der dritten Aprilwoche nach der „Industrie- und Handelszeitung“ um 7,29 Prozent. Die Kleinhandelspreise, die nur unwesentlich und für einzelne Warengruppen gesunken waren, werden sich natürlich heilen, der Steigerung vorauszuweisen oder ihr zu folgen und damit ist das Thema: Lohnabbau einmischen begraben.

Die Reichsbank setzt ihre Stützungssaktion fort, sie hat weitere Summen Goldmark aufgewandt, so daß sie heute ein Drittel ihres Goldbestandes für die Stützungssaktion beibehalten dürfte. Ob und wie weit es ihr gelingt, die Mark zu halten, muß abgewartet werden.

Ihren Kurs hat die Reichsbank am 23. April von 12 auf 18 Prozent für Wechselkredit und von 13 auf 19 Prozent für Lombardkredit erhöht. Neue Preiserhöhungen und Lohnforderungen werden folgen und so geht die Schraube endlos weiter, ohne daß Entsetzendes gegen diese Entwicklung geschieht. Dem

Steuerrecht wird nicht energisch zu Leibe gegangen, obwohl jede neu veröffentlichte Zahl zum Himmel schreit. Im Dezember wurden 82,19 Prozent der Einkommensteuer durch den Lohnabzug eingedreht, im Januar '23 und im Februar '23 94,22 Prozent! Im März kamen aus der Lohnsteuer 179 Milliarden und aus der Steuer der Einkommen 2,5 Milliarden ein!

Wohin man geht, jede Lasten ruht den Arbeitern zu: Seid auf der Hut! Träht eure Ketten, denn die sozialen Kämpfe der Zukunft werden entscheidender, bedeutungsvoller und schwerer als je zuvor!

Reichsmark und Lohnpolitik.

Wohin der „Eroberer“, amierte noch. Da gab es in einem so gut verhaltenen, wie man so sagt, „Gentilismus“ Deutschlands einen bescheidenen Major, der den Epigrammen „Die deutsche Reichsmark“ führte. Dieser jugigen Besonnenheit hat er sich dadurch erworben, daß er für die Zwecke des Lebens, gewöhnlich wie zweifelhafte Natur, eine Reichsmark als feststehende Löhne bezeichnet und durch nichts zu bewegen war. Diese Lage zu überwinden, lieber wollte er die Lohnpolitik durchschauen. Mit bewußter Sparsamkeit — meinten die einen, Auidigkeit — die anderen. Wie dem sein mag, die Besinnung und eine machen zu kommen eine Reichsmark, für die damals gar manche Genüsse wohlfeil waren — doch nur wollen nicht verlässliche Erinnerungen zu aufschreiben. Während der Major und die Reichsmark, sie sind heute weit mehr und werden auch nicht wiederkehren, so sehr sie auch zurückgewünscht werden. Während ging nach Doorn und sich unsere Not und Abfall dieser zurück. Der Major wurde von der Republik pensioniert und vertritt sich als demissionärer Parteiführer die Langeweile und die Reichsmark — veränderte in der Paraphrase des Herrn Homburg, um in Gestalt eines bescheidenen Major, bis zur Unkenntlichkeit verkleinert, den heutigen Zeit ihrer Tage zu vollenden.

Sie transit gloria mundi! So vergehen des Lebens Herrlichkeiten! So ganz wie aber Wäldern und den Major erwehren mühen. So sehr leiden wir unter dem Sturz unserer Währung, nicht alle Bürger unseres Landes zwar, aber doch alle die, welche mit ihrer Hand oder ihres Kopfes Arbeit sich ein lauer Brot verdienen müssen, welche weiter mit kleinerer Menge nach einem Leben voll Mühe den großen Verdienster Tod erwarten. Wir wollen graulichen Dörfern an menschliche, Gewandtheit und menschlichem Glück ist doch die Unheilsschmerz der verfallenden Mark gekippt! Schwere noch als die materiellen Forderungen lasteten jedoch die moralischen, idealen Schäden. In großen Teilen heute, die Arbeiterklasse müde, gleichgültig und wiederum überfüllt gegen Menschen und Einrichtungen, steht sie doch in unserem verarmten Deutschland auf der einen Seite wachsende Elend der Massen, und als Gegenpol wachsenden Reichtum in wenigen Händen, der in immer offener werdender Weise unter Missachtung wichtiger Lebensinteressen der Nation nichtschuldig mißbraucht wird.

Doch was nützt all das Gebräm, all das Geschimpfe! Ein Sprichwort sagt: Wo viel Schatten ist, ist auch viel Licht. Das ist nur die halbe Wahrheit, dort ist nämlich auch viel Dunkelheit. Wo ist heute die Klarheit, wo ist die Einigkeit in die eigene ökonomische Lage des Proletariats, wie sehr um die Erkenntnis der wirtschaftlichen Bedingtheit, wiegerend der gesellschaftlichen Bedingtheit des gegenwärtigen Elends? Und glaubt man wirklich dieser Klarheit erwarten zu dürfen, um neben dem Wissen, daß der Sozialismus als notwendiges Ziel aus der Lage des Proletariats herauswächst, auch den Weg zu diesem Ziel zu finden? Das nie! Doch langsam nur und widerwillig heben sich aus einem biden Salagewimmel die Umrisse eines positiven Erkenntnisaufbaues innerhalb der Arbeiterklasse hervor, zwingt die volkswirtschaftliche Betrachtung der Mark aus der Vergangenheit in die Zukunft, einer Neugestaltung zu.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade auf dem Gebiete der Lohnpolitik die Abhängigkeit der Arbeiterklasse den eigenen Sachverhältnissen sowohl, als auch denen, deren geistiger Horizont nicht lediglich von den Bedürfnissen des Regens und des Geldsacks begrenzt wird, bittere Zweifel aufkommen ließ, ob mit solcher Einstellung sich eine Welt erobern, sich eine Welt aufbauen läßt. Erste Lohnpolitische Erörterungen waren in den Jahren des Zusammenbruchs außerordentlich unpopulär und sind es bis zu einem gewissen Grade heute noch. Man darf nicht mißverstehen, nicht das Wiederleben der frommen Unternehmerprüdlein ist hier gemeint, wir alle wissen nur zu gut, wie sich hinter den freundlichen Ermahnungen jener in den meisten Fällen nur eine schamlose Profitgier verbirgt — aber die weitgehende Begriffsverwirrung hinsichtlich der volkswirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen der Lohnpolitik hat der Herausstellung des materiellen Elendes der Volkswirtschaft in den Köpfen der Arbeiter ungemene Schwereigkeiten bereitet. Ein erhebliches Maß von Schuld tragen hieran die Unternehmer, die durch unsoziales, unermüßliches Verhalten und verschwindend wenig Rücksichtnahme auf die ver-

Ruhrkampf in Ruhe und Besonnenheit.

Kameraden an der Ruhr!

Im großen Umfang werden von den Franzosen und Belgiern Zechen besetzt, um den gelagerten Kohlen abtransportieren. Dadurch sind die Bergarbeiter mehr als bisher in den Vordergrund der Abwehrbewegung getreten.

Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten versuchen, ihre Generalkonferenz zu verwickeln, indem sie in Delegationsversammlungen und in ihrer Presse verlangen, daß, wenn auf einer Zechen die Kohlen- und Kohlenhalden abgesperrt sind, die Belegschaft in den Streik treten müsse, da unter Bajonetten nicht gearbeitet werden dürfe.

Die Absichten der Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten sind andere. Sie wollen den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven machen. Die Vorgänge in Mülheim und Essen beweisen es. Was die Nationalisten bis jetzt noch nicht fertiggebracht haben, das versuchen jetzt die Kommunisten und Syndikalisten. Und was würde es nützen? Nur dem französisch-belgischen Imperialismus und Kapitalismus.

Der Abwehrkampf war bisher nur deshalb erfolgreich, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt wurde. Er ist verloren in dem Augenblick, wo Generalkonferenz oder gewalttätiges Vorgehen eintritt.

Unter Bajonetten soll und wird nicht gearbeitet werden.

Wenn nun die Kohlenlager abgesperrt, aber die übrigen Zechenanlagen von Militär frei sind, kann von einem arbeitslosen unter Bajonetten keine Rede sein. In Zweifelsfällen muß zwischen Betriebsrat und Bezirksleitungen der Verbände einerseits und der Verwaltung der in Frage kommenden Zechen andererseits über die Haltung entschieden werden. Ausschlaggebend bei jeder Maßnahme muß sein: Rüst oder schadet sie dem Gegner oder der eigenen Sache? Ein Generalkonferenz oder gewalttätiges Vorgehen nützt aber nur dem französisch-belgischen Imperialismus und Militarismus. Wer dieses will oder propagiert, unterstützt die Franzosen und schädigt damit die gerechte Sache der Arbeiter.

Kameraden! Ruhe, Besonnenheit und Entschlossenheit, gestützt auf unser gutes Recht, waren bis jetzt unsere stärksten Waffen in diesem Kampfe. Die ganze Welt bewundert die entschlossene, ruhige Haltung der Arbeiter. Weist das Aussehen der Kommunisten und Syndikalisten zurück. Folgt nach wie vor den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen!

- Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
- Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter.
- Gewerkschaft S. D., Abteilung Bergarbeiter.
- Polnische Berufsvereinigung, Abt. Bergarbeiter.

Im Anluß an diesen Aufruf sei kurz berichtet über eine neue kommunistisch-unionistische Betriebsrätekonferenz, die am 25. April in Essen stattfand. Es war daselbst Theater wie früher: trompetisches Geknurre nach Paris, wie man die Massen im Ruhrgebiet zum Generalkonferenz, wie man sie auf die Straße bringen könnte! Was daraus resultieren würde, haben wir des öfteren festgestellt. Die Paroleführer haben aber je länger desto weniger auf Gehör bei der Ruhrbevölkerung zu rechnen, das beweisen auch diese Konferenzen. Es dauerte ziemlich eine Stunde nach der festgesetzten Zeit, bis man genügend Leute zusammengetrommelt hatte, um mit der Konferenz beginnen zu können. Unter den kaum 140 Delegierten sollen sich auch 17 Verbandskameraden befunden haben. Neben dem Tages war ein Herr Unger, Schürfer der Worte gegen Poincaré kann man kaum brauchen als der Redner es tat, dessen Genossen sich erst mühsam entzweiten über Löffler's scharfe Worte gegen den französischen Nachtbar. Auch in der Debatte wurde die Beschlagnahme von Deputatstühlen durch die Franzosen mit Recht scharf angegriffen, darüber hinaus aber die Verteilung der aufgeschobenen Kohlen an die Bevölkerung verurteilt. Ein Redner wies besonders darauf hin, daß man für die „technische Durchführung“ dieser Verteilung die „proletarischen Hundstößen“ brauche, die anderen rechneten auf die Hilfe der französischen Soldaten bei Rückbeschlagnahme der Deputatstühle.

Ob sich die Delegierten alle der Tragweite des betr. Konferenzbeschlusses bewußt waren, darf nicht behauptet werden. Wer sich ihrer bewußt war, will Zusammenkünfte propagieren. Der Beschlusse lautete, daß die Bergarbeiter sich „geschlossener“ ihre Deputatstühle haben sollen, ohne die französischen Offiziere um Erlaubnis zu fragen. Ein weiterer Beschlusse verlangte die Verteilung der Kohlenbestände an die Bevölkerung ohne zu berücksichtigen, daß in dieser Frage schon geschehen ist, was zentral geschehen konnte. Die Ausführung liegt in den Händen der Gemeinden, in denen die Arbeitervertretungen im Interesse der armen Bevölkerung tätig zu sein haben.

Ein weiterer Beschlusse läuft darauf hinaus, überhaupt keine Kohle mehr zu fördern, die einmal den Franzosen in die Hände fallen könnte. Aus der Debatte ging hervor, daß die Kommunisten auch dort die Führung einnehmen wollten, wo die Kohlenlagerplätze für die Franzosen abgezurrt sind, so daß der eigentliche Betrieb von ihnen nicht behindert wird. Unsere Betriebsräte und alle Kameraden werden darauf zu achten haben, daß irgendwelchen kommunistischen Propaganda und Manövern, die den Zweck haben, den wirtschaftlichen Wirtswort im Ruhrgebiet zu vergrößern und die Massen zu Streik und Straßendemonstrationen zu treiben, keine Folge geleistet wird!

Eine Deputationskonferenz der Konferenz, geführt von einem Ex-territus des sogenannten Landesamtsbüros der revolutionären Betriebsräte, fand sich am 26. April auf unserem Verbandsbüro ein. Vorhandenmitglieder waren nicht anwesend, ein Angestellter unterhielt sich mit der Kommission, die aus einem Unionisten und je einem Mitglied vom Metallarbeiterverband und vom Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsverband bestand. Er gab Auskunft darüber, was unser Verband und die Arbeitsgemeinschaft in den verschiedenen Fragen getan und erreicht haben. Anfragen über gemeinsame Schritte mit Vertretungen unkontrollierter Konferenzen oder Vertretungen der Unionisten und Kommunisten konnte er natürlich nicht machen. Die Debatte unserer Verbandsbüro dauerte nicht daran, die Mitglieder von jener Seite zu unterhalten. Wenn einmal bei Beschlüssen des Kampfes an der Ruhr entschieden wird, wird unser Verband nachweisen können, daß er zwar nicht mit anderen Worten, aber praktisch Tag für Tag tätig gewesen ist im Interesse der schaffenden Bevölkerung des Ruhrgebietes!

Frankisches Liebeswerben bei Bergarbeitern.

Ein ihrer Grund ist die Theorie, daß wir in eine Delegationsversammlung, dort ersicht, daß die ungetriebene Arbeit über die Meinung der Bergarbeiter.

Die Versammlung findet in einem größeren Ort des Ruhrgebietes statt, ist von mehreren hundert Besichtigern und sehr stark besucht. Nach dem Vortrag über „Die rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrstreiks“ folgt die Aussprache ein.

Der erste Diskussionsredner:

Kameraden! Der ausführende Vortrag war so gründlich, daß es keiner weiteren Worte bedarf. (Mühselige Zustimmung.) Ich will aber zu etwas anderem einige Worte sagen. Kameraden! Ich verstehe die Franzosen nicht. Sie sind bei uns eingebrochen, sie misshandeln und töten unsere Kameraden, verletzen unsere Familien, rauben uns unsern Lohn, rauben unsere Unterhaltungsgegenstände der Arbeiter, der Witwen und Waisen. Sie berauben die Leute auf der Straße, sie berauben unsere Gemeinde, Staats- und andere Kassen — alles Geld, bis wir mit unseren Steuern wieder aufbringen müssen. Sie requirieren — das ist der moderne Ausdruck für gewalttätiges Inneingehen — in den Geschäften alles Mögliche, auch überflüssigen Luxus. Auch das müssen wir zusammen bezahlen. Sie unterdrücken unsere Presse wie es keine Gewalttätigkeit bisher getan haben. Während sie dieses tun, behaupten sie in Reden und Schriften, daß sie den Arbeitern nichts anhaben wollen. Ich weiß nicht, glauben die Franzosen, daß wir so unverständig dumm sind und ihre Brutalität nicht durchschauen können, oder sind sie so dumm, also noch dummer, als es die königlich-preussische Soldat erlaubt? Ich verstehe also die Franzosen nicht, denn selbst der gewissenloseste Mensch stellt doch bei seinen Unternehmungen die Intelligenz seines Opfers in Rechnung. Bei den Franzosen vermisse ich dies vollkommen. (Zuruf: Schwindeln! Schwindeln!) Kameraden! Unser Militarismus war brutal, rücksichtslos; der französische ist rücksichtslos. Nicht weit von meiner Wohnung, einem stark bevölkerten Vorortort, ist ein Übungsplatz eingerichtet worden. Den ganzen Tag nun tören und tobeln sie eine montone Indianermusik herunter. Kleine Kinder werden nervös, Kranke nicht minder, Nachtschlaf nicht schlafen. Das sind die berühmten französischen Kavaliere. Ihren wirtlichen barbarischen Charakter haben sie jedoch gezeigt, als sie einen mit Ausreisepässen beladenen Zug anhielten und die Kinder herausjagten, mitten auf der Straße. Das war in Dagenbreyer. In Duisburg haben sie die Transportarten für Ausreisepässe beschlagnahmt. Das sind die Träger der „Grande Nation“. Ein glückliches Geschick möge uns recht bald solche Kulturträger vom Hals schaffen.“ (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Redner:

Kameraden! Ich verstehe das französische Liebeswerben nicht den brutalen Vergewaltigungen sehr wohl. Gewalttaten ist der Charakter des Militarismus. Diesen kann er niemals leugnen; könnte er es, so hört er auf, das Schimpfwort „Militarismus“ zu verdienen. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Bekämpfung der beim Einmarsch vorgehenden Abwehrfront. Die Bekämpfung der Arbeiter und die im spärlichen Ton gehaltenen Flugblätter sollen die Mittel hierzu sein. Ich bin allerdings der Meinung, daß jeder halbwegs vernünftige Franzose angefaßt der wirklich höchstintelligenten Kräfte die Hände über dem Kopf zusammenschlagen muß. Auffällig ist dabei, daß die Franzosen ihre Propaganda auf einen Ton gestimmt haben, wie sie selber bei uns von verantwortungslosigen Partien, z. B. der kommunistischen (Widerspruch einiger kommunistischer Mitglieder) üblich ist. — Der Redner verliest einige Flugblätter. Im ersten ist von der Ruhr-Rede, und daß zwei Waggons davon verschunden seien, die Rede. Ein anderes Flugblatt spricht von Volkstouren und den neuen Brotpreisen, ein drittes von der deutschen Republik und Demokratie und nennt den Reichspräsidenten „Genosse Ober“. Das dritte spricht von den hohen Steuern; und das fünfte lautet wörtlich: „Das letzte Mittel! Die Großindustrie kann nicht mehr. Jetzt schlägt sie den Generalkonferenz vor. Das tut sie benio feilenruhig als sie früher die Kohlenwehr gegen die Arbeiterkraft verwendet. Nun nur ein Mittel, nicht zu zahlen! Der Arbeiter soll möglichst lange 20 bis 30 Prozent seines Lohnes bekommen, damit die Industriebarone ihre Kasse reiten.“ (Zuruf eines Kommunisten: Ist das denn nicht wahr?) Der Redner, fortgesetzt: Ob das wahr ist, darüber zunächst keinen Streit. Es kommt darauf an, was die Franzosen damit erreichen wollen, denn diese Zettel (mit Betonung) sind von französischen Flugzeugen abgeworfen oder von Kommandos an die Hande gefeilt worden. (Wahl!) Gelingt den Franzosen immer die Ausführung so leicht wie bei dem Kameraden, der vorhin fragte, ob das nicht wahr sei, dann haben die Franzosen ihr Ziel erreicht und sie haben recht, wenn sie uns für so dumm wie die Spornochsen halten. Glaubt jemand, daß die Franzosen uns zu Spartaflüssen erzieren wollen, um uns dann zu helfen, um uns billiges Brot, niedrige Steuern und hohe Löhne zu beschaffen? Nein, sie wollen uns einpeitschen, zum Bürgerkrieg treiben, um uns dann zu unterjochen, die Abwehrfront zu zerstören. (Sehr wahr!) Sie kommen doch nicht als Helfbringer zu uns sondern als Unterdrücker. Seht nach Frankreich, schaut ins Saargebiet, nach Lothringen! Dort bekommt man einen Vorgeschmack von französischer Arbeiterfreundlichkeit. Nehren wir uns mit allen Mitteln des passiven Abwehrkampfes gegen diese Thronen.“ (Lebhafter, aufgesetzter Beifall.)

Der dritte Redner:

Mit den französischen Flugblättern haben die Kommunisten nichts zu tun. Wir müssen jedoch den deutschen Kapitalisten auf die Finger sehen, sie sind zu allem fähig und verkaufen uns auch jetzt noch. Die Franzosen sind die letzten, die von deutschen Kapitalisten reden dürfen; sie sind uns nichts besser. (Zuruf: Schächer!) Ich nehme die französischen Flugblätter und ihre Reden gar nicht ernst. Weikens werden ihre Blättchen von Altpapierhändlern sofort aufgehoben. Einmal habe ich mich doch schon ärgern müssen. Als ein Luftkünstler Flugblätter abwarf, fielen einige in meinen Garten. Dabei gerampelte mir so ein Sammler mein Salatbeet.“ (Lebhaft.)

Der vierte Redner:

Kameraden! Wenn man mit mehreren Gegnern im Kampfe steht, so muß man sich klar werden, welcher der schlimmste und gefährlichste ist. Hier ist es bestimmt der französische Kapitalismus, welcher mit seinem Werkzeug, seinem Militarismus vor uns steht, uns mit den Bajonetten bedroht. Er will uns mit Waffengewalt zur Arbeit zwingen, um das Ergebnis unserer Arbeit zu rauben. Er ist also der gefährlichste Gegner, ihm muß zunächst unsere Abwehr gelten. Unsere Abwehr muß sich jedoch auf den passiven Widerstand beschränken. Sie glauben gar nicht Kameraden, wie demotivierend ein Abwehrkampf auf den Militarismus wirkt, wenn er sich wachlos einer nicht zu fassenden Gewalt gegenüber stellt. Gelingt es uns, die Abwehr mit Erfolg zu verbinden, dann haben wir eine Kulturart vollbracht, für die uns das internationale proletarisch tätig danken wird. Wir stehen nicht allein, die Sympathie aller Arbeiter der Welt steht hinter uns. Wehe uns aber, wenn wir dem Militarismus Gelegenheiten bieten, seine Wut an uns zu läßen! Das Massaker in Essen zeigt uns ein kleines Vorzeichen davon. Sie werden uns nicht unterliegen. Führen wir den Kampf wie bisher weiter, dann ist der Sieg unser.“ (Lebhafter Beifall.)

Der fünfte Redner:

Nachricht der Redaktion: Bergarbeiter sind keine züchtigen Anstandsbereiter. Ihre Sprache ist hart, aber offen. Obiges ist einem kenographischen Versammlungsbericht entnommen. Der Unberücksichtigte ist gestrichelt und Langatmig — wie es in Reden immer vorkommt — gestrichelt worden. Somit ist die Abwehrfront und wirtgetreu.

amte Volkswirtschaft mit schlechten Beispielen gute Stellen verdorben haben. Wie oft hört man bei den Arbeitern doch: „das ist ja ein gut, aber warum sollen immer gerade wir diejenigen sein, welche...“ Man wird also besonders den Unternehmern und ihren Organen am allerwenigsten das Recht zubilligen können, in Lohnen, Stücken oder volkswirtschaftlicher Entschädigung übermäßig mangelnde Einsicht der Arbeiter zu zeigen; übrigens haben die Arbeiter, von verantwortungsvollen Gewerkschaften geleitet, sich schließlich nie volkswirtschaftlichen Kommissaraten verschließen, haben schwere Erschütterungen ihrer Organisation und persönliche Verunglimpfungen in Kauf genommen, wissend, daß man dem Langen ruhend auf die Dauer immer noch mehr erreicht, als wenn man Sonderministerien künstlich nachstellt. Das volkswirtschaftliche Verantwortungsgesühl ist innerlich der Arbeiter, die geschäftliche als bei jenen „ersten Kreisen der Wirtschaft“, denen Marktillustrierung und Ruhrkampf Geluba sind, wenn man anderwärts bessere Geschäfte machen kann.

Das gegenwärtige Bild unserer Volkswirtschaft ist entscheidend bestimmt von den Ereignissen am Ruhr und Rhein; wichtigste Gebiete sind durch französisch-belgische Militärgehalt von unserer Wirtschaft abgeschnitten und wirken so innerlich unserer Volkswirtschaft als verhängnisvolle unproduktive Belastung. Milliarden und aber Milliarden — Billionen — müssen aufgebracht werden, um die gestörte Wunde wenigstens vorübergehend zu heilen, um ein völliges Ausbluten zu verhindern. Das Geld dazu fließt aus der Rentenpresse und mit jedem neu gedruckten Schein wird das Geld weniger wert, mindert sich die Kaufkraft des Geldes. Wie mit einem unheimlichen Magnet wird denen, die auf Papiermarkt-einkommen angewiesen sind, die Kaufkraft dieses Einkommens aus der Tasche gezogen. Die Regierung Cuno hat versucht, durch bankrotische Mittel die an der Dollarkurve sichtbar werdende Kaufkraftminderung unseres Geldes zu verhindern, ja, sie hat weiter versucht, durch Einschränkung privater Kredite den Strom der Geldumwertung aus dieser Quelle abzumildern und hat damit zumindest einen zeitweiligen Stillstand, sogar eine leichte Abschwächung der Werts erreicht. Angesichts dieser Situation hatte die Arbeiterschaft das Bestreben, die mit diesen Mitteln erreichbare erscheinende Hebung der Kaufkraft des Arbeitslohnes nicht durch vorzeitige Stellung von Lohnforderungen zu unterbinden. Wir wissen, daß es bei der Lohnpolitik nicht auf die Anzahl der Zettel ankommt, die als Ausgleich für die Eingabe der Arbeitskraft gezahlt werden, sondern auf die Kaufkraft, die hinter diesen Papierzettel steht. Nach Hebung des Nominallohnes, der bei den heiligen Summen in diesen Köpfen außerordentlich häufig wird, sondern Hebung der Kaufkraft des Arbeitslohnes ist das Entscheidende, und das ist der Weg des Preis- und Gehalts gegenüber dem der Nominallohnhebung immer noch der kürzere und — sicherer, besonders nach den nicht sehr ermutigenden Erfahrungen des letzten Jahres.

Doch Spekulationen und, wie der Reichsbankpräsident in seiner Philippika gegen die Wucherer bei dem jüngsten Wirtswort zu neu betonte: „ernte Preise unserer Wirtschaft“ haben es anders gewollt. Was schert sie Volk, was Vaterland, was Regierung Cuno, wenn das Geschäft schlecht geht? Der schon zitierte Wilhelm hatte einen Sohn, der immer feste druff“ geben wollte; diese Devise haben sich auch jene zu eigen gemacht. Dollar 20 000 — das war kein Geschäft, wo sich doch die Inlandspreise erheblich an diesen Stand des Auslandswertes unseres Geldes angepaßt hatten, die Ausfuhr stieg, zunehmende Absatzmöglichkeiten, besonders in der Exportindustrie, folgten, folgten deshalb, weil sich unsere Industrie zu sehr an das hohe Gift der Geldumwertung, das einen großzügigen Schwund ohne Rücksicht auf die sogenannten weißen Wette erlaubte. Nun gar plötzlich zu den Methoden des falschen Geschäftsmannes und Industrieliers zurückzuführen — also sorgfältig zu kalkulieren, sich durch bessere Qualität hervorzuheben, technische Neuerungen anzuwenden, auch wenn sie nicht sofort bar Geld bringen, und manches andere mehr — dazu fehlt ihnen der Weitblick, sie waren doch im Grunde armelige Krämer geworden. Und so bemühten sie sich erfolgreich, die Anforderungen der bürgerlichen Cuno-Regierung und der Reichsbank zu machen und der große Angriff auf die Reichsbank am 18. April gelang, der Dollar sprang auf 30 000, die Reichsbank erlaubte bei ihren Kreditbeschränkungen — und die Preise tröteten ihren Weg nach oben weiter. Das brauchte nicht zu sein, bei allen Bedenklichkeiten fortgesetzten Notendrucks lagen wirtschaftliche Gründe für einen solchen Aufschlag auf unsere Währung nicht vor. Gewiß waren Regierung und Reichsbank sofort besorgt, durch Ankündigung einer Devisenkontrollmaßnahme und freitages Einlegen von Devisenobligaten das Einbruchloch nicht weiter reizen zu lassen.

Für die Arbeiter war nun eine neue Situation geschaffen. Das Volk, welches das wirtschaftliche Ungelief in der Kaufkraft des Arbeitslohnes gerissen, muß jetzt verjagt werden durch Lohn- und Gehaltssteigerungen. Und genau davor, weil die allgemeine Erhöhung des Preisniveaus, die nun eintritt, sich im voraus nicht mit Sicherheit abschätzen läßt; und die große Gefahr besteht, daß der ohnehin arg dezimierte Reallohn noch mehr zurückgeht. Jede Rücksicht auf den Stand des Ruhrkonfliktes vermischen zu lassen, dazu fehlt uns die Gewissenhaftigkeit, wie auch wir nicht den Reichsleiterpraktiken der Markverbrecher Vermengungslos zu folgen in der Lage sind. Wir leben das grausame Spieß der Arbeitslosigkeit. Gegenwärtig dürfte es in Deutschland drei bis vier Millionen Arbeitslose und Hungerarbeiter geben. Der Beschäftigungsgrad unserer Industrie vermindert sich zusehends. Im März, aufbauend nach amtlichen Angaben auf gut beschäftigte Betriebe 20 Prozent gegen 28 Prozent im Vormonat, auf befristetend 10 schätzte 38 Prozent gegen 44 Prozent und auf schlecht beschäftigte 42 Prozent gegen 26 Prozent im Vormonat. Und die Bergbau macht hieron keine Ausnahme. Im Kaltebergbau, Erzbergbau, Schieferbergbau sehen wir Mangel und Arbeitslosigkeit, auch in der Braunkohle ist diese Erscheinung zu beobachten, schließlich sogar in der Steinkohle. So wird aus Schleier gemeldet, daß teils schon auf Halbe gekürzt wird und auf Eruben mit 1/3 der Kohle Forderungen eingeleitet werden. Im hiesigen Erzbergbau liegen die Halde, die schlagungsweise ein halbes Jahr vorat für die Güter darstellen. Im besten Gebiet sind die Verhältnisse ganz unübersichtlich, aber die dortigen Halde zeigen dem vorzüglichen Beobachter auch allenthalben. Die Illustrierung auf dem Kohlenmarkt ist, wie es scheint, durch ein gewisses Nachlassen bei der Kohlenzufuhr zu erklären. England führte im März 18 Mill. T. nach Deutschland ein, nur 2 Prozent der im März im unbesetzten Deutschland verbrauchten Kohle kammen aus inländischen Zechen. Das alles muß bei der Lohnbewegung in Rechnung gezogen werden, wie auch weiter die Tatsache, daß das Vermögensmittel der Geldumwertung seine Wirkungskraft auf unsere Wirtschaft eingebüßt hat. Wir haben jetzt vor neuen Reparationsverhandlungen, die uns eine schwere Belastung bringen werden, die aber auch das Ende der Rentenpresse bedingen. Die politischen und wirtschaftlichen Grenzen der Inflation (Geldumwertung) sind erreicht, allerdings sind das keine harten Grenzen, aber an veränderlichen Augen (Veränderung der Markt als Wertmesser und Preisbildungs) doch beachtlich erkennbar. Die Stabilisierungskräfte, deren Vorzeichen wir eben erleben, wird auch für die Arbeiter hart sein, ihren Druck zu mildern ist keine Gewerkschaften voraus, denn wenn nicht alles täuscht, wird diese Krise von ersten sozialen Kämpfen begleitet sein. Darum muß heute schon hingedacht werden, darauf gilt es zu rufen, damit in der Stunde des Kampfes die Kraft nicht vorzeitig ausgegeben ist. Und das wird man auch noch sagen können, nicht die Lohnfrage wird bei der bestmöglichen Auseinandersetzung mit einem verlässlichen Unternehmern des gesamte Problem sein, es wird sich richten um die gemeinschaftliche Umstellung unserer Wirtschaft. Konnte man vor einigen Jahren noch fragen, ob die Gesamtwirtschaft wirtschaftlich möglich wäre, so wird man jetzt fragen, ob unter Volk, unsere Wirtschaft, ohne Gemeinwirtschaft noch möglich ist.

Blüten des Militarismus.

Verbandsfunktionäre durch Franzosen ausgewiesen.

Unser Vertrauensmann der Zahl 16 Herrs III, Kamerad Jonas, nahm am 29. März Friedrich der Große III eine Abreise von Köln an. Einige unorganisierte Kameraden wurden dabei zurückgewiesen. Einer derselben, mit Namen Brenne, wandte sich nun an die Franzosen und schüttelte wie solche Menschen sind, gab er an, daß er zurückgewiesen sei, weil er mit den Franzosen halte. Daß dies der Fall war, wußte man früher noch nicht. Auf die verblüffende Aussage hin wurde Kamerad Jonas am 29. März verhaftet und am 31. März ausgewiesen. Die Franzosen glauben also einem monatlichen Dummheit mehr als einem betrieblichen Funktionär des Verbandes.

Unser Ortsverwaltungsratsmitglied, Kamerad Spiegel, Bahnhofs-Kochhaus-Süd IV, wurde am 5. März verhaftet und am 28. März ausgewiesen. Er hat einige Voten, die offenen Landesverrat treiben, bei der grünen Polizei gemeldet. Die Franzosen kamen dadurch und deshalb diese Behandlung des Kameraden Sp. Franzosen, was gilt in Frankreich ein Mensch, der dort Bürger oder Gastrecht genießt und offenen Landesverrat treibt?

Streikbrecher im Einbruchgebiet.

Gelosten, willens- und gelistete Menschen sind überall zu finden. So ist es auch der französischen Ingenieurkommission gelungen, aus allen möglichen Ländern eine Anzahl Arbeitswillige ins Einbruchgebiet zu schleppen. Darunter sind es Polen und Italiener. Die arbeitserfreundliche Presse hat in allen Ländern vor Annahme dieser Streikbrecherarbeit gewarnt. Naturgemäß erreichen solche Warnrufe nicht die Ohren geistig rückfälliger Menschen. Dieser Umstand ermöglicht solche Annahmen. Aus Amerika kommen Nachrichten, daß man dort sogar schwarze Arbeiter anzuwerben versucht. Auch unter der deutschen Arbeiterschaft befinden sich noch Elemente — wenn auch gering an Zahl —, welche sich zu der entehrenden Arbeit eines Streikbrechers für den brutalen Kapitalismus, den französischen, hergeben. Es sind gewiß nur solche, die von dem aufkläreren deutschen Gewerkschaftsgeist noch nicht erfasst sind. Es würde ihnen sonst einleuchten, daß sie die entehrende Arbeit eines Streikbrechers, daß sie ewigen Fluch und Schand aller Volksgenossen auf sich laden. Sie sind aber Geistesblöde, sie mühten sonst mit der Zukunft rechnen. Daß der französische Kapitalismus sie angeworben, so läßt er sie in Not zurück. Er läßt den Verrat, haßt aber die Verräter. Sie tragen dann schwer an der Schuld, die sie der Arbeiterschaft gegenüber jetzt bewußtlos auf sich laden.

In normalen Zeiten sind im Ruhrgebiet etwa 100 000 Menschen mit der Sortierung und Verladung der Kohlen beschäftigt. Diese Zahl minderbewerteter Arbeiter schaffen die Ingenieure niemals herbei. Wir liefern sonst auf fortwährende Reparaturarbeiten von ausgesetzten Zechen, welche Qualitätsverlusten liefern. Jetzt lassen die Franzosen und Belgier alles ausfallen, was sie erreichen können. Als wird es ihnen gelingen, auch nur annähernd die Menge und Qualität der früheren freiwilligen Leistungen selbst herbeizuschaffen.

Spiegel und Provolateure.

Der französische Kapitalismus arbeitet in einem solchen Ausmaß und so offenkundig mit gebundenen Subjekten — Spiegeln, Provolateuren, daß alles bisher Dagewesene in den Schatten gestellt wird. Im Saargebiet und Lothringen wurde damit eine Atmosphäre geschaffen, die den gegenseitigen Verkehr mit Misstrauen durchzieht. Beim Rubretbuch machte sich schon in den ersten Tagen die Werbung einer Spiegels- und Provolateurenorganisation bemerkbar. Die Vorgänge auf dem Feld in den ersten Februartagen wurden ohne Zweifel von Provolateuren angeleitet. Bei einem der Verdächtigten fand man französische Korrespondenz. Die letzten Vorgänge in Wülheim wurden von der Besatzung unterstützt. Nach den letzten Zusammenkünften der Demonstranten mit der Polizei wurde vom Flugzeug ein Flugblatt abgeworfen mit der Überschrift: „Gabelherrenschaft in Wülheim.“ Der Inhalt des Flugblatts war ein sozialistischer. In Düsseldorf schoß ein Teilnehmer einer Arbeitlosen-demonstration mit einem Revolver. Bei seiner Festnahme fand man die Waffe und einen französischen Waffenschein bei ihm. Die Sache zu Revolver geschleht also offensichtlich.

Auch an unsere Mitglieder sind Vertreter der Besatzungsarmee herangezogen, um sie zum Subsidienamt zu verleiten. 20000 Mk. täglich wurden als Entgelt geboten. Uns ist eine Reihe Spiegel bekannt, die von den Franzosen mit Revolvern und Waffenscheinen versehen sind. Durchweg sind es abdelcumundete Naturen. Wenn wir sie jetzt nicht öffentlich anprangern, so gefährdet das mit Rücksicht auf unsere Vertrauensleute. Wir würden sie sonst einer Gefahr aussetzen. — Der Unionist Falus aus Bochum, der auch betraffet ist, erklärte auf einer Besatzungsversammlung der Zeche Präzident, daß er doch vor der Sache der Nationalisten irgendein Schutz finden müsse und diesen Schutz könne ihm nur der Staat geben. Das ist die Besatzung.

Franzosen verursachen große Explosionsgefahr.

Die Zeche Verthagen III in Gerde besetzen die Franzosen am 22. April mit sämtlichen Gemischten Anlagen. Am 23. April trat die Belegschaft in einen 24stündigen Streik. Auf Veranlassung der Betriebsverwaltung wurden einige Maschinenanlagen geräumt, so daß von einer Besetzung des Schachtes nicht mehr die Rede sein konnte. Die Belegschaft fuhr am 24. an. Die Gemischte Anlage ist an der Weiterarbeit durch die Besatzung verhindert. Diese ist aber ein Betrieb mit großen Explosionsgefahren. Die Besatzungsgruppen gehen in diesem Betrieb rauchend hin und her! Eine Reihe Unvorsichtigkeiten und die lagernden Explosionsstoffe gehen in die Luft. Ein zweites Oppau — in noch schlimmerem Ausmaß — wird die Folge sein. Jedem und Gemischte Betriebe sind keine geeigneten Orte zum Kriegsspiel. Wann sehen das die Franzosen ein?

Sirenen und Franzosen.

Der Zentralverband der Maschinen- und Setzer, Geschäftsstelle Dortmund, schreibt folgendes:

„Sonntag, den 15. April, morgens 7 1/2 Uhr, wurde die Zeche Witke III/IV in Zorn von den Franzosen besetzt, welche von hinten von der Kaserne her auf den Bodenplan eindrangen. Die Sirenen, erlitten die Sirenen. Die Franzosen drangen darauf in das Wanderschiff Kesselhaus und verlangten Abkühlung der Sirenen. Sie wurden von unseren Kollegen nach dem Maschinenlager verwiesen. Die Franzosen drohen fünf bis sechsmal durch Anlagen des Schachtes und Vorhalten der Pistolen, aber die Sirenen heulen weiter. Es kam dann ein Offizier, wieder wurden die Pistolen bereitgehalten; auch er wurde an den Maschinenlager verwiesen. Die Franzosen ließen dann oben auf dem Kessel herum, brachten das Dampfentnahmeverkett an dem sich im Betrieb befindlichen Kessel 35 zu, die Sicherheitsventile sprangen hoch, der Dampfdruck war im Augenblick von 10 auf 18 atm. gestiegen und nur durch das schnelle Eingreifen unseres Kollegen konnte ein großes Unglück vermieden werden. Nachdem einem deutschsprechenden Franzosen erklärt wurde, in welche Gefahr sie sich und unseren Kollegen gebracht hätten, perließen sie eilig das Kesselhaus. Der Offizier, selbst gewarnt und halber die Augen auf, wenn ihr in eine ähnliche Lage wie eure Kollegen kommen solltet.“

„Es geht es, wenn sich die Franzosen Eingriffe ins Wesen der Gewerkschaft erlauben. Wären sie nun mit den Arbeitern in die Luft geflogen, dann hätte der französische Militarismus Sengung verlangt.“

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Börsen und Handelspreise.

In der „Welt am Montag“ besprach kürzlich B. Vogel ein sehr brennendes Thema. Er zeigte, wie heute nur ein geringer Teil der Unkosten durch den Zeitungsverkauf oder das Abonnement gedeckt wird, wie die Handelspreise mit ihrem umständlichen Satz von Kursprozent um 20 Prozent am Publikum, aber mit 80 Prozent an den Informaten der Finanz interessiert ist. Das ist für die objektive Berichterstattung der Handelspreise natürlich eine große Gefahr. So sehr die Wirtschaftskreise selbst an einer objektiv urteilenden (soweit das in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt möglich ist) Handelspreise interessiert sein sollten, so oft ist dies nicht der Fall. Vogel sagt sehr zutreffend:

„Gerade unsere Banken sind aber auf das Vertrauen weiter Schichten angewiesen. Wenn sie jetzt glauben, durch künstliche Aufschau einer von ihnen abhängigen Finanzpresse ihren eigenen Interessen zu dienen, so irren sie sich ganz gehörig. Diese kurzfristige Reskriptpolitik wird sich sehr bald bitter rächen.“

In neuerer Zeit gewinnt die Berichterstattung über die Lage und Geschäftsabwicklung der Aktiengesellschaften auch für die breiten Schichten der Angestellten und Arbeiter erhöhtes Interesse. Man kann von diesen Kreisen nicht verlangen, daß sie Börsenfachblätter lesen. Deshalb sollten die Betriebsräte und ihre Vertreter im Aufsichtsrat der Gesellschaften darauf hinarbeiten, daß die Finanzinformaten und sonstige Mitteilungen der großen Unternehmen dort veröffentlicht werden, wo sie wirklich den Nachinteressierten, d. h. den Aktionären und Arbeitnehmern, zugänglich sind. Wenn das Monopol der bisher in Frage kommenden Handelsblätter und Tageszeitungen wirklich aufgehoben wird, so kann man verlangen, daß die Informaten in erster Linie in den Zeitungen veröffentlicht werden, in deren Verbreitungsgebiet die betreffenden industriellen Unternehmen ihren Standort haben und daß auch die in Arbeiterkreisen gelesenen Blätter berücksichtigt werden. Die aus den Reihen der Arbeitnehmer stammenden Aufsichtsratsmitglieder sollten alles aufbieten, um zu verhindern, daß der Informaten der Aktiengesellschaften zur Schaffung einer Großpresse verwendet wird. Die Aufwendungen hierfür müssen aus dem Produktionsertrag. Das berechtigt die Betriebsratsmitglieder und ihre Vertreter im Aufsichtsrat zu einer Kontrolle der Verwendung der Informaten an d. s. Die Verantwortung unserer Volkswirtschaft durch die Großbanken, deren produktive Leistungen in der Zeit der Vorkonjunktur erstickend nachgelassen haben, wird allmählich unerträglich. Deshalb sollte man den Herren Bankdirektoren, die sich schon als Halbgothier fühlen, doch etwas mehr auf die Fügel lassen.

Von den Betriebsräten.

Wichtige Novelle zum B. G.

Bekanntlich steht der § 87 des Betriebsrätegesetzes im Falle einer ungenehmigten Entlassung eines Arbeitnehmers und der Ablehnung der Weiterbeschäftigung desselben durch den Arbeitgeber eine Entschädigung vor, die vom Arbeitgeber an den Arbeitnehmer zu leisten ist. Diese Entschädigung bemisst sich nach der Zahl der Jahre, während derer der Arbeitnehmer im Betriebe insgesamt beschäftigt war. Als das Gesetz und damit diese Bestimmung geschaffen wurde, war die rasende Geldentwertung des letzten Jahres nicht vorauszusehen. Diese Bestimmung war somit für normale Zeiten gedacht und verlor durch die Geldentwertung ihren ursprünglichen Zweck, den wirtschaftlichen Entlassenen vorzubeugen, da der Jahresarbeitsverdienst in gar keinem Verhältnis zu dem in der Zeit der Entlassung geltenden Lohn stand. Hinzu kommt, daß es die Unternehmer durch Verschleppung des Verfahrens vermochten, der Bestimmung auch bei dem letzten Will ihres Schicksals zu nehmen.

Dieser Mangel wurde selbst von den Schlichtungsausschüssen nicht empfunden. Fortschrittliche Schlichtungsausschüsse, die nicht am Buchstaben des Gesetzes kleben, sondern das Gesetz in seiner ursprünglichen Tendenz anzunehmen, nahmen wiederholt die Entschädigung gemäß § 87 der Geldentwertung an, mußten es aber oft gefallen lassen, daß ihre Entscheidungen von den einträglicheren Sachverständigen handhabenden ordentlichen Gerichten abgeändert oder für ungültig erklärt wurden. Andere Schlichtungsausschüsse bedauerten in ihren Entscheidungen, die Entschädigungen nicht der Geldentwertung anpassen zu können.

Diesem Mangel ist nunmehr endlich Rechnung getragen worden. Auf Vordringen der Gewerkschaften und dem der Arbeitgeberseite der Arbeitsgemeinschaft nachstehenden politischen Vertreten ist im Einverständnis mit der Regierung folgende Änderung des § 87 des Betriebsrätegesetzes ausgearbeitet worden, welche im Reichstag am 18. April zur Annahme gelangte:

Weitere Erlöse der Betriebsratswahlen in Mitteldeutschland.

Die Betriebsratswahlen im mitteldeutschen Bergbau nehmen weiter einen für die Verbändelisten gänzenden Verlauf. Im Bezirk Korbhausen wurden bis jetzt gewählt 234 freigewerkschaftliche und 8 christliche Betriebsräte. Aus dem Bezirk Salungen liegt folgendes Resultat vor: Neben 6 christlichen stellen alle Mandate, insgesamt 97, davon dem Verband 69, den freien Gewerkschaften 28. Im Bezirk Halle hat sich das Endergebnis auf 497 freigewerkschaftliche Betriebsräte gegenüber 39 Unionisten, 21 Christen, 5 S.-Länder, 1 Polen und 4 Weiber, erhöht.

Aus der Tarifpraxis.

Schiedspruch im bayerischen Erzbergbau.

Trotz der im März und April eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung glauben die Unternehmer des bayerischen Erzbergbaus die Zeit für gekommen zu halten, um einen Lohnabbau vorzunehmen. Sie wandigten den Arbeiterorganisationen den bestehenden Tarif zum 1. April und teilten ihnen mit, daß eine 30prozentige Spöndierung vorgenommen werden müsse. Unsere Vertreter haben das natürlich abgelehnt und anstatt Lohnabbau eine Erhöhung der Löhne für die inoffiziellen eingetretene Lohnerhöhung verlangt. Da eine Einigung zwischen uns und den Unternehmern nicht zu erzielen war, so wurde in dieser Frage am 16. April 1923 ein Schiedspruch gefällt. Nach diesem behalten die Kameraden im bayerischen Erzbergbau auch für den Monat April dieselben Löhne wie im Normtal. Es ist also den Organisationen gelungen, den Vorstoß der Arbeitgeber abzuwehren. Der Schiedspruch lautet:

1. Die Löhne und die Zulagen der Belegschaften in den freiberechtigten Betrieben nach dem Stande der für März gültigen Lohnsätze bleiben für April 1923 unverändert bestehen.
2. Zur Abgabe einer Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches wird den Parteien Frist gesetzt bis einschließlich 30. April 1923.“

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Geldung der Notunterstützung für Rentnemphänger.

Vom 1. März 1923 ab werden die bisherigen Notunterstützungen, welche die Rentnemphänger der Invaliden- und Angehörigenversicherung nach dem Notstandsmahrgesetz erhalten, vermindert. Sie sind so zu bemessen, daß das gesamte Jahreseinkommen

des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 450 000 Mk. (bisher 120 000 Mk.), des Empfängers einer Witwen- oder Waisenrente den Betrag von 420 000 Mk. (bisher 106 000 Mk.) und des Empfängers einer Waisenrente den Betrag von 240 000 Mk. (bisher 60 000 Mk.) erreicht.

Bei der Berechnung des Gesamteinkommens bleibt das Arbeitseinkommen des Rentnemphängers bis zum Betrage von 480 000 Mk. außer Ansatz (bisher 120 000 Mk.). Die Bezüge des Rentnemphängers auf Grund des Reichsversicherungsgesetzes vom 12. Mai 1920 oder anderer Militärversicherungsgesetze, aus der Invalidenversicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen sowie aus Sparguthaben sind bis zum Betrage von 144 000 Mk. (bisher 36 000 Mk.) nicht anzurechnen.

Für die des beletzten Hebelets, des Einbruchgebietes und für die ihm gleichgestellten Bezüge werden alle hier in Klammern angeführten Beiträge vermindert.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Franz Kolornys letzte Fahrt.

Wattenstein war der letzte Wohnort unseres Franz Kolorny. Dort trugen wir ihn am 22. April zum Friedhof, wo er an der Seite seiner vor drei Jahren von ihm geliebten Gattin in die Erde gesenkt wurde. Grau und trübe wie sein Lebensabend war auch der Beerdigungstag. Aufmerksam tröste der Himmel. Trotzdem waren Tausende seiner Mitgenossen erschienen, um ihm das letzte Geleit zu geben. Zehntausende und Bezirke waren mit Deputationen und Kränzen selbst aus anderen Hochrenten Deutschlands erschienen. Die örtlichen Vereine und solche der Umgebung beteiligten sich äußerst zahlreich mit ihren Fahnen.

Im Grabe sprach Kamerad Martini über den Verbandsvorstand im Namen aller Verbandskameraden. Demütig klangen seine Worte über's Grab. Taten und Verdienste gaben in kurzen Strichen das Leben einer markanten Kampfnatur wieder. Leider war es dem toten Kameraden nicht vergönnt, wie den meisten unserer alten Kämpfer, in den Zielen — einzufahren in der Arbeiterbewegung — zu sterben. Eine stille Krankheit riß ihn heraus, um ihn einige Jahre bis zu seinem Tode ans Krankenbett zu fesseln. Kolorny war arm an materiellen Gütern, reich aber an Geist. Und was er sich mit eisernem Fleiß und mühevoller Arbeit erworben, schenkte er nicht für sich, sondern teilte mit vollen Händen an seine Mitgenossen aus.

Namens der sozialdemokratischen Partei entbot der Kamerad Helmich aus Wattenstein dem toten Freund die letzten Grüße. Schon fast vollkommen erblindet, stand Kolorny noch im harten Dienst der Partei, um sein Letztes herzugeben.

Den Schilfbegrüßen der Kameraden folgte der der Wattensteiner Arbeiterkameraden. Jahre wohl, du Weiser, dein Weisheit nicht! Er wird unter uns weiterleben. Wir werden in deinem Sinne weiter bauen an dem Werk, zu welchem du manchen Stein beigetragen hast.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Einen herben Verlust

erlitt am 7. April die Zahlreihe Rünthe durch den Tod des Kameraden August Schönmüller. Seine ganze Kraft widmete er, auch in der schwersten Zeit, der Arbeiterbewegung. Leider war es ihm nicht vergönnt, sein 37jähriges Verbandsjubiläum, welches in einigen Monaten erreicht war zu feiern. Er war Mitbegründer der Zahlreihe und hat schon alle Ämter, die eine Zahlreihe zu vergeben hat, bekleidet. Seine Jahre war er zur Zufriedenheit aller Ansparschaffler. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Die Ortsverwaltung.

Wichtiges.

In der „Union“ vom 29. April bringen die Unionisten einen Veranlassungsbericht von Eintracht Teßlau, wo man mit der Bildung von „Hunderrückern“ zähl. Tatsächlich kamen 40 bis 50 Mann zusammen und dazu noch Leute aus der ganzen Umgebung, so z. B. von Johann Teufelberg, Eintracht II und Fabrik Schottland. Also hoch so hoch!

Betreffs der traurigen Rolle, welche der Betriebsrat spielen soll, sei den überheblichen Unionisten gesagt, sich nicht einzulassen, daß sie die ganze Belegschaft darstellen. Wenn der Kritische meint, jeder Kamerad vom Vortritt würde mit uns bei der nächsten Wahl abrechnen, so sei ermitert, daß bei der letzten Zählung hier nur ein Väterdugend Unionisten gezählt wurde. Und was ist die Union? Ein Sammelfurium von abgezeichneten Belegschaftsmitgliedern und Unorganisierten! Ich glaube bekannt zu dürfen, daß keine zehn Unionisten dieser Schwadronie vor der Revolution eine Organisation genannt hätten. Der Kern der Belegschaft bilden die Gewerkschaften der Arbeitsgemeinschaft. Also auch hoch so hoch! Der Betriebsrat. J. A. Leich.

Soziales Verhältniss

fehlt, wie nachfolgender Fall zeigt, noch mancher Zehenderhaltung: Deunungliche Anfang April auf Zeche die Wendel bei Hamm der Bauer Mathiel tödlich und hinterließ eine Witwe mit neun Kindern. Bisder war es auf hiesiger Schachanlage üblich, daß die Entlohnung der Toten auf Kosten der Zeche geschah. Verschiedene Gemeinden des Kreises Hamm sind nun dazu übergegangen, die gesamten Beerdigungskosten für ihre verstorbenen Bürger zu übernehmen. Die hierdurch entstehenden Kosten werden durch Steuern aufgebracht. Infolge dieser sozialen Einrichtung hält es die Verwaltung der Zeche die Wendel nicht mehr für nötig, die früher bezahlten Kosten jetzt auch noch zu tragen. Die Zehenderhaltung liefert sich noch etwas anderes. Die Zeche der Witwe folgende Rechnung zu (jog also die Summe vom Lohn des Verunglückten ab): für ärztliche Untersuchung 15 000 Mk., für Leichenwaschen und Aufbahren 13 000 Mk., für Beiseportio 240 Mk., zusammen 28 240 Mk.

Wir sind der Ansicht, daß eine Verwaltung für einen Arbeiter, der 20 Jahre lang für die Zeche die Knochen zu Marke trug und in ihrem Betrieb den Tod fand, diese kümmerlichen 28 000 Mk. noch übrig haben müßte, besonders in diesem Fall, wo eine Witwe mit solch großer Anzahl Kinder zurückbleibt. Diese reiche Gesellschaft nimmt umfangreiche Neu- und Umbauten vor, ihre vielen Besonagen werfen ungeheure Gewinne ab. Dem Direktor Soziale konnte man für seine gebliebenen Weiber und Aufschwungen sofort Ersatz schaffen, trotzdem derselbe noch ein Auto zur Verfügung hatte. Für einen auf dem Werk erschlagenen Arbeiter zählt man nicht einmal die Aufbahrungskosten, läßt sich sogar von einer armen Witwe das Beiseportio erstatten. Sipsel der Unberechenheit!

Streik auf der Steinfabrik Nr. 670.

Seit dem 7. April Röhgen 670 Bergarbeiter in einem Streik, der durch eigenartige Vorgänge entstanden ist. Es wurde auf Zeche ein Offizier a. D. aus dem Ruhrgebiet überwiesen sein soll, als Arbeiter eingestellt. Richtigemäß wurde von der dort beschäftigten Arbeiterschaft dieser Arbeiter erzuht, sich dem Verbanke anzuschließen, welches derselbe auch durch Ausfüllung des Aufnahmeformales tat. Nachdem nun das Mitgliedsbuch übergeben werden sollte und zugleich um Zahlung der Beiträge erzuht wurde, lehnte der Arbeiter Ueberfeld, so heißt der Offizier a. D., dieses ab, da er sich erst mit der Werkleitung in Verbindung setzen möchte. Später wurde U. wieder befragt, lehnte jedoch jetzt jede Verbindung ab, da er mit dem Verbandsnarr nichts zu tun haben wollte. Dabei lag er eine gemeine Beschimpfung fallen. Die ge-

famle Belegschaft war durch diese eigenartigen Vorgänge sehr erregt, zumal die Werkleitung einige Wochen vorher, als sich ein Arbeiter weigerte, dem Verbandsbesitzer, durch den Betriebsführer Spieler erklärte: „Es müsse doch ein Leichter sein, diesen Mann in die Organisation zu bekommen, zwingen Sie ihn doch!“ Das war also das gerade Gegenteil. Am 6. April trat nun die Belegschaft an die Werkleitung heran, den Ue. nicht einzufahren zu lassen, da durch dieses Vorwärtstreten die Erregung unter der Belegschaft auf die Höhe gestiegen war. Der Betriebsratsobmann erhielt auch von dem Fabrikarbeiter das Versprechen, daß Ue. nicht einzufahren solle. Der Betriebsführer veranlaßte jedoch die Einfahrt und 20 Minuten vor der Einfahrt die Ausfahrt.

Damit war das Versprechen gebrochen und die Arbeiterschaft sah sich einem Vorstoß gegen die Organisation. Trotzdem versuchte am 7. April der Betriebsrat nochmals, daß Ue., bevor die Angelegenheit nicht vollends geklärt sei, nicht einfahre. Die Werkleitung lehnte jedes Entgegenkommen ab. Daraufhin legte die gesamte Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder.

Am 8. April versuchte die Organisation Verhandlungen einzuführen. Diese wurden dann auch von der Werkleitung zum 9. April zugelassen. Als dann an diesem Tage der Organisationsbetriebsrat mit dem Betriebsrat erörterte erklärte die Werkleitung, daß der Generaldirektor jede Verhandlung ablehne. Am 10. April besuchte sich die Belegschaft wieder mit der Angelegenheit. Sie beauftragte die Organisationsbetriebsrat, nochmals um Verhandlungen nachzusuchen. Sie sei bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen und die Angelegenheit Ue. später zu besprechen. Hierauf erfolgte durch die Direktion keine Antwort, trotzdem in Hannover die Herren zusammen waren, sondern es wurde den Arbeitern unter Einschreibebrief die Entlassung angekündigt.

Nun wurde der amtliche Schlichtungsausschuß zu Münden angerufen, der am 13. April tagen sollte, aber die Direktion der Mener Hütte, in deren Hände die Sache seit einiger Zeit übergegangen ist, erschien nicht. Der Schlichtungsausschuß beramte darauf zum 16. April neue Verhandlungen an, und hierauf erschienen dann die Direktion in Begleitung des Geschäftsführers vom Arbeitgeberbund Niedersachsen. Der Geschäftsführer erklärte, an eine Wiederaufnahme der Arbeit wäre nur zu denken, wenn die Arbeiterinstand zugäbe, daß sie zu Unrecht in den Streik getreten sei und daß 3 Prozent der Belegschaft, d. h. 18-20 Arbeiter, die nicht rentabel arbeiten und den Betrieb dauernd launruhtigen, nicht wieder eingestellt würden. Die Organisationsbetriebsrat erwiderte, von einer Abregelung dieser 3 Prozent abzusehen, die Belegschaft wieder reiblos anzustellen, damit die Wiederaufnahme der Arbeit in Ruhe und Frieden erfolgen könne. Hierauf ließ sich die Direktion aber nicht ein, so daß die Einigungsverhandlung vor dem Schlichtungsausschuß resultatlos verlief.

In anschließender Verhandlung, unter Vorsitz des Stellvertreters des Reichs- und Staatskommissars von Dortmund, der ebenfalls in dringender Weise verfuhr, in gegenseitiger Verständigung zu einem Abgleich zu gelangen, war dies nicht möglich, da die Direktion nicht von ihrem Standpunkt abwich.

Am 17. April wurde das Angebot der Direktion der Belegschaft in einer Versammlung vorgelegt. Sie enthielt nach reichlicher Ausdeutung in geheimer Abstimmung gegen drei Stimmen, daß das Angebot der Direktion unannehmbar sei. Gestritten wurde sich die Belegschaft auf den Standpunkt, daß eine Wiederaufnahme der Arbeit nur ohne Abregelungen erfolgen könne. Durch das harte Verhalten der Direktion sowie des Geschäftsführers vom Arbeitgeberbund wurde die Wiederaufnahme der Arbeit verhindert, so daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses der freien Gewerkschaften von Münden sich gezwungen sah, damit auf dem schnellsten Wege die Sache wieder zum Nutzen der Allgemeinheit dienstbar gemacht werde, neue Verhandlungen in die Wege zu leiten.

Diese neue Verhandlung fand am 19. April unter Vorsitz des Regierungspräsidenten von Münden statt. Der Regierungspräsident bemühte in dringender Weise eine Einigung in dieser schweren Zeit herbeizuführen. Er verwies auf den schweren Kampf, der im Ruhrgebiet ausgefochten wurde, daß darum hier, im unbesetzten Gebiet, alles aufgeben werden müsse, damit die Kampffront geklärt bliebe. Es sei darum notwendig, daß eine Verständigung Platz greife, beide Seiten müßten nachgeben damit schließlich bei dem heutigen Kohlenmangel die Sache reifen wieder in Betrieb gesetzt würde. Die Arbeitnehmervertreter traten dem Verständigungswillen des Regierungspräsidenten entgegen. Hierauf erwiderte der Regierungspräsident die Direktion, von einer Nichtwiedereinstellung der 18-20 Arbeiter abzusehen, damit eine Wiederaufnahme der Arbeit in ruhiger Weise vor sich gehen könne. Leider war die Direktion und der Geschäftsführer des Arbeitgeberbundes nicht dazu bereit, sie gingen wohl von 3 Prozent der zu Entlassenden auf 2 Prozent zurück, blieben aber hartnäckig darauf bestehen, daß diese 2 Prozent nicht wieder in den Betrieb aufgenommen würden. Durch dieses Verhalten der Direktion war eine Verständigung zum Frieden und somit zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht gegeben, auch nicht dadurch, daß die Direktion den Vorstoß machte, ebenfalls die 2 Prozent mit Arbeitern vom Kohlenbergwerk Oerterkirchen auszutauschen, da dieses auf große Schwierigkeiten stoßen würde.

Die Belegschaft befahte sich nach am selben Tage mit dem Ergebnis der Verhandlung. Einmütig lehnten aber die Kameraden dieses Anfinnen ab, welches in nochmaliger geheimer Abstimmung zum Ausdruck kam. Somit ist durch das rücksichtslose Verhalten der Direktion der Mener Hütte in dieser schweren Zeit der Allgemeinheit und der Kampffront im Ruhrgebiet ein großer Schaden zugefügt worden.

Das ist der Geist des — Unternehmers. Was schert ihn Ruhrabwehr, was Volkstrotz, sein Haß gegen die Arbeiterorganisation ist so groß, daß er sein Prinzip vor alles stellt, vor Allgemeinwohl, vor Volkstrotz! Er geht so weit, daß er zugunsten der Ruhrabwehr in schwerer Zeit seinem Volk Schaden zufügt. Schade, daß es keine Gesetze gibt, die in solchen Fällen solche Schlingel beiseite zu schieben gestatten. Unter den Bemühungen befinden sich Kameraden, die jahrelang zur Fortdauer auf der Grube arbeiten und große Familien mit sich acht Kindern haben. Es sind Vertrauensleute unseres und des Metallarbeiterverbandes darunter. — Kameraden, laßt Solidarität! Der aufgezwungene Kampf muß durchgeföhrt werden. Streikbrecher sind fernzuhalten!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Schlagwetterexplosion im Hahner Revier, drei Tote, mehrere Verletzte.

Auf der Grube Karl Alexander in Baesweiler ereignete sich am 20. April eine Schlagwetterexplosion mit obigem traurigen Ergebnis. Ein Bericht über lautet folgendermaßen: Auf der 625-Meter-Sohle des Steinlohlenbergwerks Karl Alexander zu Baesweiler ereignete sich am 20. April, kurz vor Ausfahrt der Frühsohle, eine Schlagwetterexplosion, durch welche drei Bergarbeiter tödlich verunglückten und vier verletzt wurden. Die an der Unfallstelle beschäftigte Kameradschaft hatte nach vorheriger Ermittlung, daß keine schlagenden Wetter vorhanden waren, das betreffende Revier mit zehn Schächten besetzt und war dabei, diese Schächte abzuschließen. Die fünf ersten Schächte kamen ordnungsmäßig, während beim sechsten Schacht die Explosion erfolgte. Aber Wahrscheinlichkeit noch ist durch den fünften Schacht ein Bläse freigesetzt worden, welcher durch den sechsten Schacht zur Explosion gebracht wurde. Das Ergebnis der bergpolizeilichen Untersuchung ist, daß ein unglücklicher Zufall die Ursache des bedauerlichen Unfalls gewesen ist.

Hannover, Braunschweig, Hesse, Lippe.

Die Jahreskonferenz des Bezirks Südbesheim

tagte am 2. April in Hannover. Es galt, den Vertrauensleuten über die Tätigkeit der Bezirksleitung Bericht zu erstatten, von ihnen zu hören, was gut oder schlecht gemacht wurde und Richtlinien für die Revierarbeit aufzustellen. (Auch zum Ruhrstreik äußerte sich die Konferenz. Darüber haben wir schon in der vorigen Nummer unserer Zeitung berichtet.) Dem Bericht des Kameraden Sobbe ist folgendes zu entnehmen:

Die meiste Arbeit nahmen die Lohnverhandlungen in Anspruch. Trotz Hochrechnungen sind die Löhne mit der Gebührentwertung nicht miteingekommen. Die allgemeinen Lohnverhandlungen wurden zentral geführt. Außer den zentralen Lohnverhandlungen hatte die Bezirksleitung noch solche zu führen für die Oelindustrie, Oberharzer und Zellerberg Bergbau, Eisensteingrube Wohlberghaus, Oelfeldbergbau in Solingen sowie für einige Braunkohlen- und Kohlebetriebe mit Sonderlöhnen. Diese Lohnverträge lehnten sich im allgemeinen mit geringfügigen Abschweifungen an die Löhne der zentralen Abschlüsse an.

Infolge der vielen Lohnverhandlungen wurde die Agitation vernachlässigt. Dieses muß in der Folgezeit unter allen Umständen nachgeholt werden. Trotz der Vernachlässigung der Agitation ist die Mitgliederzahl nicht zurückgegangen, vielmehr kann ein geringer Mitgliederzuwachs festgestellt werden. Im Unterbezirk Südbesheim liegen die Verhältnisse noch sehr im argen. Es besteht aber die Hoffnung, dort die Agitation zu beheben und den Verband vorwärts zu bringen. Widerwärtige Gemischnisse versuchen, uns im Berichtsjahre die Unionisten in den Weg zu werfen. Nichts ist ihnen gelungen. Durch ihre lächerliche und verleumderische Tätigkeit haben sie es dazu gebracht, daß ihnen die Bergarbeiter keinen Glauben schenken. Der Führer streift dann das Verhältnis zu den Christen, das er mit „einigermaßen ausgenommen“ bezeugt. Er verurteilt die gewöhnliche Agitation von der Kanzel herunter, die im Bezirk widerwärtige Auswüchse zeitigte. Auch das Verhältnis zu den anderen freigewerkschaftlichen Organisationen war nicht immer sehr angenehm. Diese können nur gehoben werden, wenn die Forderung nach Industrieorganisationen durchgesetzt wird.

Die Bezirkskasse betrug im Januar 1922: 606 674 M., im Januar 1923 dagegen nur 64 831 M. Für Betriebskosten in der Rheinindustrie zahlt der Verband Arbeitslosenunterstützung bis zu zehn Wochen. Das Berichtsjahr hat unendlich viel Arbeit gekostet. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt wurden, so wurden doch viele erfüllt.

Kamerad Gärtner gibt einen kurzen Überblick über die Tätigkeit in den einzelnen gewerkschaftlichen Bezirken. Auf dem Gebiete des Knappschaftswesens wurde erreicht, daß Arbeiter, welche 25 Dienstjahre hinter sich haben und über 50 Jahre alt sind, ohne arztliche Untersuchung in Pension geben können. Die Schlichtungsordnung mußten wir ablehnen, weil sie gegen die Arbeiterinteressen gerichtet war. Man wollte den Arbeitern des Streikrechts nehmen. Das Arbeitsnachweisgesetz enthält einige brauchbare Bestimmungen, die aber durch solche nachteilige Art wieder zunichte gemacht wurden. Die Unternehmer vertreten den Standpunkt, daß voraussetzungslos keine Arbeitslosigkeit eintreten werde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, denn besonders in der Ruhrindustrie steigt die Arbeitslosigkeit. Zum Arbeitsnachweisgesetz verlangt die bürgerliche Presse eine Verlängerung der Arbeitszeit. Die müssen grundsätzlich für den nächsten Montag einreten wenn auch der achtstündige Arbeitstag nicht schematisch durchgesetzt werden kann. Auf die 48-Stunden-Woche müssen wir jedoch Gewicht legen. Ein Lohnabbau, der von den Unternehmern ins Auge gefaßt ist, muß unter allen Umständen verhindert werden. Es kann festgestellt werden, daß die Preise bereits wieder anziehen. Besonders Gewicht muß auf eine einheitliche Lohnpolitik gelegt werden, was aber bisher nicht der Fall war, denn andere Bezirke haben noch verhandelt, als die Bergarbeiter bereits auf die Marktsituation und den Preisabbau vertrieben wurden. Im Ruhrgebiet wird der Kampf gegen den Kapitalismus der ganzen Welt übertragen. Wie er auslaufen wird, kann jetzt nicht gesagt werden. Soviel steht aber fest, daß, wenn der Kampf im Ruhrgebiet sein Ende gefunden hat, der Kampf zwischen deutschen Arbeitern und Kapitalisten von neuem entbrennen.

Kamerad Grimm behandelte die Agitation und Kleinarbeit. Sämtliche Fäden des Bezirks müssen bei der Bezirksleitung zusammenlaufen, wenn die innere Verwaltung funktionieren soll. In früheren Jahren war unser Apparat, zu dem auch die Vertrauensleute und Betriebsräte gehörten, viel intensiver tätig als im Berichtsjahre. Die Buchkontrolle hat fast ganz aufgehört, so daß die Bezirksleitung über den Stand der Organisation auf den Werken nicht gut informiert ist. Unvollständige und unzulängliche Berichterstattung erschweren die Arbeit. Aus den Berichten der Funktionäre wurde festgestellt, daß 27 096 Belegschaftsmitglieder auf den Werken vorhanden sind bei unserer Organisation angehören, 8141 gehören anderen freien Gewerkschaften an, 1017 sind kirchlich organisiert, 95 bei den S. D. und 851 sind teils organisiert aber bei den Unionisten. Von den Betriebsvertretern gehören 479 dem Bergarbeiterverband, 216 den anderen freien Gewerkschaften, 14 den Christen und 5 der Union an.

Die Aussprache war sachlich und von gutem Geiste getragen. Es beteiligten sich daran die Kameraden Mähle, Göke, Abel, der über Jugendfragen sprach und Kohring.

Zur Vereinfachung notwendig geordneter Bezirkskonferenzen wurde folgender Antrag angenommen:

In Anbetracht der ungeheuren Kosten für Fahrlohn, Speisen usw., beschließt die heutige Konferenz, daß zu außerordentlichen Konferenzen jeder Bezirksbezirk 5 Delegierte zu entsenden hat. Die Delegierten sind zu wählen und gelten für das ganze Jahr. — Die Jahreskonferenz wird hieron nicht berührt. Sie bleibt wie bisher.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Bezirkskassierer Entlassung erteilt. — Kamerad Gärtner schloß die Konferenz, indem er seiner Freude Ausdruck verlieh über den guten Geist, von dem die Konferenz befeuert war. So war es auch in der Vorkriegszeit. Die Konferenz war ein gutes Zeichen der Gesundung; so muß es auch sein.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Brandunglück auf dem Bahnhofsamt — 6 Kameraden erstickt.

Ueber ein Grubenunglück auf dem Fürstlich Pleßischen Bahnhofsamt bei Waldenburg geht uns folgender Bericht zu:

Seit etwa 14 Tagen wird im Bahnhofsamt der con. Fürstener Gruben an der Eindämmung eines im 89. Stöße ausgebrochenen Gutesanbrandes gearbeitet. Um einen sicheren Abschluß zu erhalten, wurden die Hohlräume und Streden so weit wie möglich zugespült. In der Nacht vom 22. zum 23. April brach die in der Weiterabzugsstrecke liegende Spülleitung. Als der gebrochene Teil gerade erstickt war, traten plötzlich in die bisher gespülte Strecke kalte Brandgase ein, so daß die Kameradschaft zurückgezogen wurde. Gleichzeitig brangen aber auch die Brandgase gegen den frischen Weiterstrom aus, so daß ein Abdammen des Brandherdes in größerem Umfang ins Auge gefaßt werden mußte. Um die richtigen Dispositionen hierzu treffen zu können, erhielt Steiger Hobeisel den Auftrag, von seiner Abteilung aus bis zur Weiterstrecke zu fahren, um die Stärke der abziehenden Wetter festzustellen und sofort Meldung über den Befund zu erstatten.

Aus einem nicht erfindlichen Grunde hat er, entgegen der ihm erteilten Weisung, die Weiterstrecke den Brandgasen entgegen befahren und ist nach über 50 Meter Marsch betäubt liegen geblieben. Bei dem Versuch, ihn zu retten, sind leider vier Bergleute ebenfalls vom Tode ereilt worden. Bei der außerordentlichen Heftigkeit und Stärke der Brandgase gelangten sich die Bergungsarbeiten äußerst schwierig, da in der engen Strecke die Gasdruckapparate leicht umstürzen wurden, so daß mehrfach Leute der Rettungstruppen umfielen. Als nachmittags gegen 5 Uhr wiederum zwei Rettungsteile in der Strecke liegen geblieben waren, von denen leider einer nur als Leiche geborgen werden konnte, wurden auf Anordnung der Behörde im Einvernehmen mit der Betriebsverwaltung die weiteren Versuche aufgegeben, zwei in der Strecke noch liegende Belegschaftsmitglieder zu bergen, bis zu deren Befinden man wiederholt vorgegangen war, ohne sie herauszufinden zu können.

Jahreskonferenz des Bezirks Oberschlesien.

Nach einem berat. ereignisreichen Jahr, wie es unser ober-schlesischer Bezirk hinter sich hat, und nach all den Verunglückungen

unserer Organisation und unserer dortigen Angestellten, erschien es wünschenswert, die Vertreter der Zahlstellen und Betriebe einmal zu hören, was an den Angelegenheiten in S i n d e n b u r g zu-

kommen. Kamerad Franz eröffnete die Konferenz und sprach dann über die wirtschaftliche Lage. Eingehend bespricht er die Kohlenwirtschaft von früher und jetzt und beleuchtet die jetzt vorherrschenden Abfahrsverhältnisse in Schlesien. Der Produktionsrückgang der Nachkriegszeit wird auf 30-40 Prozent geschätzt. Die Unternehmer behaupten, daß der Achtstundentag daran schuld sei. Statistische Feststellungen bekunden jedoch, daß in solchen Betrieben, wo die technischen Einrichtungen auf der Höhe sind, kein Rückgang der Produktion eingetreten ist.

Durch den fortwährenden Druck der Gewerkschaften ist für die Arbeiterschaft vieles herausgeholt worden. Der zähen Ausdauer des Verbandes verdanken wir die Bildung eines ober-schlesischen Kohlenyndikats. Auch das Bergmannsleistungswesen ist gegen den hartnäckigen Widerstand der Unternehmer in Fluß gebracht worden und noch in diesem Monat wird man mit dem Bau von 100 Wohnungen beginnen können. Auch ist, unterm Druck nachgebend, für die Flüchtlinge ein Flüchtlingskommissar eingesetzt worden, dessen Initiative die Schaffung von 4000 Flüchtlingswohnungen zu verdanken ist.

Kamerad Franz wendete sich alsdann der letzten Streikbewegung in Oberschlesien zu. Er erklärte, daß es nicht seine Art sei, jemandem durch schöne Redensarten gefällig zu sein. Es gehört ein gewisser Mut dazu, die Dinge so zu schildern, wie sie in Wirklichkeit sind. Dieses müßte jedoch gesehen, auch dann, wenn es verschiedenen Leuten unangenehm sei. Redner verteidigte und begründete eingehend sein Vorgehen während dieses Streiks. Die Konferenz dankte mit „Bravo!“ für seine Offenherzigkeit.

Folgende Entschlüsse wurden der Konferenz unterbreitet:

Die Revisorenkonferenz ist mit der Organisationsleitung in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der Arbeitsverhältnisse der ober-schlesischen Bergarbeiter einig. Trotz der durch den Krieg und seine Folgen insbesondere des Verfallens Betriebsmittels verursachten ungünstigen Wirtschaftslage stehen die Verfassungen auf dem Standpunkt, daß der gegenwärtige Unterschied zwischen dem Lohn der Bergarbeiter und den Preisen für alle Bedarfsgüter nicht gerechtfertigt und in den wirtschaftlichen Verhältnissen der ober-schlesischen Werke keine Rechtfertigung findet. Das statistische Material, das bei den weiteren rentierten ober-schlesischen staatlichen Steinkohlenwerken vorliegt, beweist dies zur Genüge. Auch die sozialen Verhältnisse, unter denen der ober-schlesische Bergarbeiter zu arbeiten hat, sind außerordentlich verbesserungsbedürftig.

Dem Gruben-sicherheitswesen ist weiter die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Haltung der ober-schlesischen Unternehmer in allen Arbeiterfragen dient nicht dem sozialen Frieden und hindert den friedlichen, wirtschaftlichen Wiederaufbau Oberschlesiens.

Diese wirtschaftspolitische Haltung ist um so bedauerlicher und unverständlicher, weil sie sich in einem zweisprachigen Gebiet und doppeltem Grenzlande abspielt. Die Vertrauensleute, Funktionäre und Betriebsräte des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands warnen vor der Weiterführung einer solchen Wirtschaftspolitik und machen insbesondere die Reichs- und Staatsbehörden auf die politischen und wirtschaftlichen Gefahren aufmerksam, die für Oberschlesien und darüber hinaus für Staat und Reich daraus entstehen können.

Die Bezirkskonferenz erkennt an, daß die Bezirksleitung unter Berücksichtigung all der zu überwindenden Schwierigkeiten für die Mitglieder getan, was möglich war und spricht ihr deshalb das Vertrauen aus.

An der Aussprache beteiligten sich die Kameraden Cassa, Lunt, Goral, Lachmann, Strzabio, Czupka und Fock. Eine eigentliche Kritik, auch von kommunistischer Seite, blühte in der Aussprache nicht durch. Vor der Abstimmung beantragte Kamerad Lunt, daß über den letzten Absatz der Entschlüsse gesondert abgestimmt werden soll, damit nach dem nicht der Eindruck erweckt würde, es hätten sich die Kameraden durch den ersten Teil der Entschlüsse bestimmen lassen, der Bezirksleitung das Vertrauen auszusprechen.

Bei der Abstimmung fand der erste Teil der Entschlüsse einstimmige Annahme. Kamerad Franz stellte alsdann für sich einen Vertrauensantrag. In einer kommunistischen Versammlung, die am 7. April in Gleiwitz stattfand, ist allen Versammlungsteilnehmern zur Pflicht gemacht worden, gegen Franz zu stimmen. Da die kommunistischen Konferenzteilnehmer jedoch nicht den Mut fanden, ein Mißtrauensvotum gegen Franz einzubringen, kam Kamerad Franz durch seinen Antrag entgegen. Auf die Frage, wer mit seiner Tätigkeit nicht einverstanden sei, erhob sich im ersten Augenblick niemand. Schließlich aber folgten zaghaft einige kommunistische Mitglieder, nach und nach wurden es fünf an der Zahl. Die Konferenz quittierte dieses mit Heiterkeit. Das Vertrauensvotum für die Gesamtbezirksleitung wurde einstimmig angenommen. Nachdem die Neuwahl der Bezirkskommission vorgenommen wurde, erledigte man noch die Beitragsberhöhung. Einem Stenbenlohn als Wochenbeitrag wurde zugestimmt. Die Konferenz wurde alsdann geschlossen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 18. Woche (vom 29. April bis 5. Mai 1923) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Das Mitglied Paul Przhbilla (S.-Nr. 99 047), Zahlstelle Wilschütz, ist wegen Schädigung des Verbandes ausgeschlossen.

Zur Klärung teilen wir mit, daß der Bezirksleiter der Tagesarbeiter im Ruhrrevier, Karl Krämer in Dortmund, mit dem aus dem Verbands ausgeschiedenen Arbeitersekretär Karl Krämer in Saarbrücken nichts zu tun hat und in keinem Verbandsverhältnis steht.

Krankengeldauszahlung.

Beschwerden. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, von 9-12 Uhr, beim Kassierer Kleppel, Robertstraße 12. — Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Ober-Marsch I. Jeden 1. und 15. im Monat beim Kassierer Wolf, Römerstraße 84a.

Zur Beachtung! Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Roman „König Kohle“ und Rumpfs Gedichtsammlung „Was die Ruhr mir sang“ vergriffen sind. Bestellungen können daher nicht mehr berücksichtigt werden. G. Hansmann & Co.

Knappschaftsältestenkommission Herne.

Sonntag, den 6. Mai, morgens 10 Uhr, bei Seiling in Redlinghausen, Münsterstraße: Kommissionssitzung.

Erklärung! Die Äußerungen, die ich gegen die Belegschaft des staatlichen Braunkohlenwerks Leipzig gemacht haben soll, nehmen ich hiermit zurück. Hermann Kern, Leipzig.

Die Behauptungen, die ich gegen den Kassierer Emil Weber vom Bergarbeiterverband, er hätte sich einer Unterschlagung schuldig gemacht, ausgekreut, konnte in der statigefundenen Schiedsmanns-verhandlung nicht aufrecht erhalten werden. Ich nehme hiermit die beleidigenden Äußerungen mit Bedauern als unmaßgebend zurück und warne vor Weiterverbreitung. Josef Schmidt, Aterberg-Grubewerk.